«Weder naiv noch paranoid».

Seit 2011 gibt es im Kanton Basel-Stadt eine Koordinationsstelle für Religionsfragen. Es ist die erste und bisher einzige Stelle in der Schweiz, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, mit den verschiedenen im Kanton ansässigen Religionsgemeinschaften regelmässig in Kontakt zu stehen und auch als Ansprechpartnerin für Verwaltungseinheiten und Bürgerinnen und Bürger zu wirken. *terra cognita* hat die Koordinatorin Lilo Roost Vischer getroffen.

Lilo Roost Vischer, welches waren die Beweggründe, dass der Kanton Basel-Stadt die Stelle einer Koordinatorin für Religionsfragen geschaffen hat?

Wir haben festgestellt, dass das Thema Religionen (im Plural) – im Integrationsbereich, aber auch in der übrigen Verwaltung – brach liegt, dass sich niemand damit befasst. Gleichzeitig besteht ein wachsendes Bedürfnis nach öffentlicher Auseinandersetzung mit dieser Thematik; nicht selten äussert sich dies in einer gewissen Hilflosigkeit gegenüber religiös begründeten Fragestellungen. 2007 haben wir in einem ersten Schritt den Runden Tisch der Religionen beider Basel gegründet und zwar explizit nicht als Plattform für den interreligiösen Dialog, sondern als Instrument der beiden Kantone und ihrer Integrationsfachstellen, sich mit Religionsfragen auseinanderzusetzen. Zunächst wirkte ich noch als Angestellte der Universität Basel; Anfang 2011 wurde dann die 50-Prozent-Stelle bei der Fachstelle Diversität und Integration der Kantons- und Stadtentwicklung geschaffen.

Wie oft findet der Runde Tisch statt, wer ist da dabei und welche Themen werden behandelt?

Der Runde Tisch findet fünf Mal jährlich statt und steht in einem ständigen Informationsaustausch. Wir behandeln eine ganze Palette von Themen: Fragen zum konfessionellen und nicht-konfessionellen Religionsunterricht, zu Genderfragen und Diskriminierungsschutz, zur Haltung gegenüber Werbeaktionen religiöser Gruppierungen in der Öffentlichkeit oder etwa zu Fragen unterschiedlicher Bedürfnisse betreffend Bestattung und Trauerritualen.

Beim Runden Tisch sind 13 Religionsgemeinschaften und 2 Dachverbände – die Evangelische Allianz und die Basler Muslim Kommission – vertreten. Mein Baselbieter Kollege und ich haben als Kantonsvertretende die Aufgabe, mögliche Anliegen von Konfessionslosen oder Religionsfernen mitzudenken, die stark im Wachsen begriffen sind. Neben der Bearbeitung konkreter Fragen geht es aber immer auch um Information von Seiten der Verwaltung und der Politik, um gegenseitiges Kennenlernen und um den Einblick in die Realität unterschiedlicher religiöser Welten.

Laut der Datenbank inforel.ch befinden sich in den beiden Basel rund 470 verschiedene Kirchen und Religionsgemeinschaften. Die Konfessionslosen mit über 50 Prozent sind eine wichtige und ernstzunehmende Gruppe. Wie können Sie allen Interessen und Ansprüchen gerecht werden?

Zur Klärung betreffend der Zahlen: Es handelt sich hier um eine Schätzung, die die beiden Basel betrifft. Mit wie vielen Gruppierungen wir es im Kanton Basel-Stadt zu tun haben, können wir nicht exakt sagen, da es keine statistischen Erhebungen nach Religionszugehörigkeit gibt und da viele religiöse Vereine bikantonal aufgebaut sind. Was die unterschiedlichen Interessen anbelangt, zunächst die Feststellung: Es gibt im Alltag erfreulich wenig religiös begründete Konflikte. Aber da Religionsthemen in den Medien und in der öffentlichen Debatte einen zunehmend hohen Stellenwert einnehmen, ist unsere Stelle gefordert, hier Hilfeleistung zu bieten und zur Klärung beizutragen. Wir gehen die an uns herangetragenen Anliegen sehr sorgfältig an und betrachten sie jeweils aus unterschiedlichen Blickwinkeln. Wer sagt was aus welchen Gründen? Welche rechtskonformen Massnahmen können ergriffen werden? Da können wir auch mal zum Schluss kommen, dass der Faktor Religion in einem spezifischen Fall gar keine Rolle spielt. Und: Selbstverständlich sind wir für alle offen.

Wie sieht Ihre konkrete Arbeit aus?

Eine zentrale Aufgabe ist die interdepartementale Zusammenarbeit. Wir stellen fest, dass immer mehr Departe-

mente innerhalb der Verwaltung mit Fragen rund um Religion konfrontiert sind und eine Ansprechstelle benötigen, mit der sie solche Fragen besprechen können. Zum Beispiel: wie ist mit religiösen Anliegen umzugehen? In welchem Fall sind religiös begründete Dispensationen vom Schulunterricht im Interesse des Kindeswohls kurzfristig zu gewähren? Es kommen aber auch Anfragen aus der Bevölkerung, dem Politikbereich und den Medien, die wir bearbeiten.

Gegenwärtig erleben wir in der öffentlichen Debatte, dass insbesondere Musliminnen und Muslime einen schwierigen Stand haben. Oftmals werden sie unter Generalverdacht gestellt, gewalttätig, fanatisch und frauenfeindlich zu sein. Was können Sie als Koordinatorin hier unternehmen?

Islam in der Öffentlichkeit ist ein Dauerthema, das sich in den letzten Wochen und Monaten zugespitzt hat. Wir beobachten dies ebenfalls mit Sorge. Das Grundproblem ist meines Erachtens, dass eine Religionisierung vieler sozialer Phänomene stattfindet. Bestimmte Verhaltensweisen werden mit Religionszugehörigkeit in Verbindung gebracht – früher hat man «die Kultur» eines Menschen oder einer Gruppe zur Erklärung bemüht. Beide Modelle greifen jedoch zu kurz. Lange hat man Religion oder religiöse Zugehörigkeit völlig ausgeblendet und gesagt, das ist Privatsache. Gegenwärtig wird Religion dagegen völlig überzeichnet. Als staatliche Stelle müssen wir dazu beitragen, die Dinge ins richtige Licht zu rücken und auf der Sachebene zu analysieren, welche Faktoren tatsächlich für ein konkretes Verhalten ausschlaggebend sind. Gerade die Diskussionen nach den Ereignissen in Köln haben gezeigt, dass viele Dinge miteinander vermischt werden. Hier haben wir die schwierige Aufgabe, komplexe Zusammenhänge gut verständlich zu erklären und in den jeweiligen Kontext zu setzen. Beispielsweise müsste man sich fragen, weshalb im öffentlichen Raum die soziale Kontrolle oftmals fehlt. Wo sind, bzw. weshalb fehlen – ethnologisch gesprochen – die Autoritätspersonen, die sagen: So nicht, junger Mann!

Oftmals werden Koranzitate angeführt, um zu «beweisen», wie Muslime funktionieren …

So genanntes «Suren-Ping-Pong» trägt nichts zur Klärung bei. Angehörige und Repräsentanten von Religionsgemeinschaften können nicht für den Inhalt ihrer heiligen Schriften verantwortlich gemacht werden. Aber sie tragen eine Verantwortung für den sorgsamen Umgang damit und für die «Übersetzung» dieser Inhalte in die heutige Zeit. Das heisst, dass eine textliche und zeitliche Einbettung dieser Schriften vorgenommen werden muss. Nicht zuletzt gilt dies auch für Leserbriefschreiber, die Koranverse zitieren, um damit das angebliche Gewaltpotenzial «des Islams» zu beweisen. Im Übrigen betrifft eine mangelnde Einbettung bei Weitem nicht nur den Islam, denken wir nur an die Debatte um Homosexualität im christlichen Umfeld. Bestimmtes Verhalten auf Religionszugehörigkeit zu reduzieren, ist ein Fehlschluss. Es schränkt die Analyse ein und damit auch die Lösungsmöglichkeiten.

Nach den Ereignissen in Köln, aber auch schon zuvor, ist die Forderung laut geworden, dass Menschen, die aus muslimisch geprägten Ländern zu uns kommen, in Genderkurse geschickt werden sollten. Was halten Sie davon?

Grundsätzlich finde ich es richtig, dass in Kursen die rechtlichen Grundlagen und Verhaltensregeln unserer Gesellschaft bekannt gegeben werden. Wichtig ist mir, dass die Kurse gut gemacht werden. Um an Haltungsfragen zu arbeiten, braucht es reflektierte Kursleitende, die nicht unterschwellige Abwertungen transportieren, sondern klare Positionen haben. Sonst sind diese Kurse kontraproduktiv.

Ein Thema, das die Öffentlichkeit stark beschäftigt, ist die Radikalisierung junger Menschen, die Sympathien für islamistische Gruppierungen entwickeln und/oder sich als Jihadisten betätigen. Was kann man hier tun?

Bei den wenigen, mir bekannten Fällen einer religiös begründeten Radikalisierungsgefahr im Sinne plötzlicher Frömmigkeit, stelle ich fest, dass sowohl die jungen Menschen wie auch deren Eltern religiöse Analphabeten sind. Oft sind für diese Jungen, die am Suchen sind, keine Gesprächspartner vorhanden, mit denen sie sich austauschen können, mit denen sie existentielle Fragen besprechen können. Hier sehe ich auch eine Verpflichtung der Moscheen: Sie sind zwar für alle Betenden offen, aber sie müssen mehr Verantwortung für das Geschehen in ihren Räumen übernehmen und mit allen, die dort verkehren, den Kontakt suchen. Das gilt für die Präsidenten und Vorstände der Moscheevereine, die Imame oder die Vorsteherinnen der Frauengruppen.

Stichwort religiöser Analphabetismus: Bräuchte es mehr Religionsunterricht in den Schulen?

Es braucht vor allem mehr *sorgfältigen* Religionsunterricht und zwar nicht nur konfessionellen, sondern auch religionskundlichen. Wichtig sind darüber hinaus Ansprech- und Gesprächspartner, gerade auch Lehrpersonen, die junge Menschen mit neuem Frömmigkeitsverhalten beraten können, die sich mit ihnen auseinandersetzen, mit ihnen diskutieren. Ansonsten suchen sie im Internet nach Antworten auf ihre Fragen. Wir ermutigen auch die Imame, mit den Jugendlichen das Gespräch zu suchen, regelmässig mit ihnen in Kontakt zu bleiben. Ganz zentral ist meines Erachtens ausserdem, dass Imame sich mit den Verhältnissen in unserer Gesellschaft gut auskennen. So gesehen ist auch das Zentrum für Islam und Gesellschaft der Universität Fribourg von grösster Bedeutung.

Ihre Stelle hat Modellcharakter. Würden Sie andern Kantonen ebenfalls empfehlen, eine solche Stelle einzurichten?

Wir können eine solche Stelle andern Kantonen wärmstens empfehlen. In den letzten Jahren haben wir durch die Zusammenarbeit mit den verschiedensten Departementen, mit zivilgesellschaftlichen Institutionen, aber auch mit den diversen Religionsgemeinschaften ein gut funktionierendes Netzwerk aufbauen können. Das schafft Vertrauen, fördert den gegenseitigen Austausch und die Möglichkeit, rasch auf

Probleme reagieren zu können. Die Ausgestaltung kann je nach kantonalen Gegebenheiten unterschiedlich sein. Wichtig ist, dass man weiss, wohin man sich bei religiös begründeten Fragestellungen wenden kann. Klar, man muss dafür Geld einsetzen; aber das lohnt sich. Ich denke zudem, dass auch auf Bundesebene klare Ansprechpersonen für Religionsfragen bezeichnet werden müssten, die in Zusammenarbeit mit den Kantonen die Vielfalt von Themen, die sich stellen, angehen und bearbeiten.

Worauf wäre bei der Schaffung einer kantonalen Stelle speziell zu achten?

Idealerweise wäre eine solche Stelle bei einem Departement mit Querschnittfunktionen wie dem Präsidialdepartement anzusiedeln. Die Kantons- und Stadtentwicklung ist nicht nur für Diversität zuständig, sondern auch für Freiwilligenarbeit, Partizipation, Quartierentwicklung, Wohnraumförderung und die politische Planung. Religion ist ein transversales Thema, das eben gerade nicht nur die Schule oder die Integration von Migrantinnen und Migranten betrifft. Zudem ist es wichtig, dass die Personen, die an einer solchen Stelle arbeiten, Verständnis sowohl für Fromme wie auch für Religionsferne aufbringen, über gute religionswissenschaftliche Kenntnisse verfügen und in der sozialwissenschaftlichen Analyse bewandert sind. Nicht zuletzt braucht es eine gewisse Gelassenheit und eine kritische Distanz. Mein Motto heisst: «Weder naiv noch paranoid». Mit andern Worten: Um religiöse Phänomene zu verstehen und einzuordnen, muss man genau hinsehen, die Diskussionen rund um Religion kritisch begleiten, für unterschiedliche Sichtweisen Verständnis aufbringen, sich aber nicht in Aufregung versetzen lassen, sondern die sich stellenden Probleme auf der Sachebene lösen.

Herzlichen Dank für das Gespräch!

Situer et comprendre les phénomènes religieux

Bâle-Ville est le premier canton – et le seul à ce jour – à s'être doté en 2011 d'un service de coordination pour les questions religieuses, dont la vocation est double : maintenir un contact régulier avec les communautés religieuses présentes sur le territoire cantonal et servir d'interlocuteur auprès de l'administration et des citoyens.

Pour la coordinatrice, Lilo Roost Vischer, « le problème fondamental, dans les discussions autour de l'‹islam› est qu'on assiste à la ‹religionisation› de nombreux phénomènes sociaux. Certains comportements, autrefois attribués à la ‹culture› d'une personne ou d'un groupe, sont aujourd'hui associés à l'appartenance religieuse. Or, les deux logiques sont trop simplistes : la première ignore complètement le fait religieux, le reléguant à la sphère privée ; la seconde lui accorde une importance excessive. En tant que service public, nous devons contribuer à replacer les choses dans leur contexte, à analyser objectivement les facteurs qui influent réellement sur tel comportement. Ma devise : n'être ni naïf, ni paranoïaque. Autrement dit, pour situer et comprendre les phénomènes religieux, il faut regarder de près, suivre d'un œil critique les discussions autour de la religion, admettre qu'il y a différentes façons d'envisager les choses et ne pas laisser l'émotion prendre le dessus, mais s'efforcer de régler les problèmes en toute objectivité. »

Lilo Roost Vischer ist Ethnologin und Religionswissenschaftlerin. Seit 2011 nimmt sie die Stelle einer Koordinatorin für Religionsfragen im Kanton Basel-Stadt wahr. Sie ist ausserdem in verschiedenen Institutionen als Dozentin für angewandte Ethnologie mit Schwerpunkt soziale und religiöse Vielfalt tätig.